

Für und wider Tempolimit auf „Todesstrecke“

Palmer lobt Polizeikonzept

OFFENBURG (buz/hrö). Als „angemessene und richtige Reaktion“ bezeichnet der verkehrspolitische Sprecher der Landtagsfraktion der Grünen, Boris Palmer, den Beschluss, die Höchstgeschwindigkeit auf der unfallträchtigen B 33 („Todesstrecke“) zunächst für zwei Jahre auf 80 km/h (60 an Kreuzungen) zu reduzieren.

Wegen der Schwere der Unfälle – sie forderten in den letzten zehn Jahren 37 Todesopfer – könne es beim Ist-Zustand nicht bleiben. Im Rahmen eines Besuchs bei Offenburgs OB Schreiner hatte er gemeinsam mit Dezernent Franz Seiser vom Landratsamt und dem Ortenauer Polizeichef Klaus Hiller eine „Testfahrt“ auf dem Abschnitt zwischen Offenburg und Hausach unternommen.

Palmer erinnerte daran, dass ein vierspuriger Ausbau der Bundesstraße „frühestens Mitte des nächsten Jahrzehnts“ komme. Es müsse aber vorher etwas geschehen. Das Konzept von Landratsamt und Polizei sei „hervorragend geeignet“, der Gefahr verheerender Unfälle vorzubeugen. Der Grünen-Politiker kann sich ergänzend weitere kurzfristige Maßnahmen vorstellen. So wäre es auf größeren Teilstrecken – beispielsweise zwischen Biberach und Steinach – möglich, „die Fahrbahnen baulich zu trennen“. Damit werde die Hauptunfallursache, das Abkommen auf die Gegenfahrbahn, beseitigt; gleichzeitig wäre das Tempolimit in diesen Bereichen überflüssig. Palmer warnte davor, in einem vierspurigen Ausbau der B 33 ein Allheilmittel zu sehen. Damit würde man letztlich „die Autobahn ins Kinzigtal holen“.

Unabhängig von der B 33 forderte Palmer einen Ausbau des ÖPNV im Kinzigtal. Die Ortenau-S-Bahn sollte nicht wie jetzt im Stunden-, sondern im 30-Minuten-Takt verkehren, was die Strecke zuließe. Außerdem müsste es „erheblich mehr Haltepunkte“ geben. Mittel dafür wären vorhanden. Das Land erhalte vom Bund jährlich 700 Millionen Euro für den Ausbau des ÖPNV, die nicht vollständig ausgegeben würden. So hätten sich in diesem Topf zum Ende letzten Jahres 240 Millionen Euro befunden, die „wahrscheinlich in einem Sparstrumpf der Landesregierung versickern“.